[illegible] Für Rücksendung eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit. Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittelungsstellen an. [illegible]

Dresdner Nachrichten

35. Jahrgang. Aufl. 48,500 Stück.

Dresden, 1890.

Moritz Hartung, Altmarkt 13 und Hauptstrasse. Posamenten, seid. Band, Spitzen, Handarbeits- u. alle Damenschneider-Artikel.

Moritz Fuchs jr. 14 Wallstr. 14 und 14 Antonsplatz 14. Beachtenswerthe billige Bezugsquelle sämmtlicher Neuheiten in Posamenten, Knöpfen, Spitzen, seid. Bändern u. sämmtlichen Kleiderzuthaten zur Damenschneiderei.

Hutfabrik C. F. Lehmann König-Johannstr. und Scheffelstr. 26 empfiehlt Frühjahrs-Neuheiten aller Arten Hüte.

CHR. SÖRUP ATELIER FÜR Künstliche Zähne PLOMBIRUNGEN ETC. Korecte Ausführungen, Mässige Preise. 26 I. Wettiner Str. 26 I.

Lawn-tennis Flanell, neueste Kleider-Flanelle. W. Metzler, 9 Altmarkt 9.

Tiroler Lodenjoppen von 8 Mk. an, Tiroler Lodenhüte von 2 Mk. an hält stets in grosser Auswahl **Jos. Fiechtl** aus Tirol, Schloss-Strasse 23, d. früheren Laden schrägüber.

Nr. 133. Spiegel: Der deutsche Reichstag. Die sozialdemokr. Anträge zum Arbeiterschutz-Entwurf. Fernsprechberichte. Der Frühling. Frühlingsfest des Radfahrervereins „Turner“, Gerichtsverhandlungen, Tagesgeschichte, Lotterieliste. „Fra Diavolo“. **Dienstag, 13. Mai.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Es ist ein Vortheil, daß die hohe Politik jetzt schlummert oder doch recht langweilig wird. Die Welt hat mit den inneren Fragen genug zu thun, namentlich Deutschland. Zwei Parlamente tagen zur Zeit; der preußische Landtag wird jedoch bald ausspannen. Der Arbeitsstoff, welcher dem Reichstag vorliegt, mehrt sich täglich. Als Gegenstück zu dem Arbeiterschutzgesetz-Entwurf, den die Regierung vorgelegt hat, brachten die Sozialdemokraten ebenfalls einen Entwurf ein. Die Zeitungen, welche beide Entwürfe wörtlich mittheilen, sehen infolgedessen Gesetzsammlungen ähnlicher als Tagesblättern. Der Leser gar, der den ernsten, löblichen Vorsatz hat, sich durch diese Berge von Paragraphen durchzuarbeiten, sie mit einander zu vergleichen, dann den Reichstagsverhandlungen im Vollhause und den Ausschüssen mit Aufmerksamkeit zu folgen, der mag nur darauf verzichten, an den Fliederblüthen zu schwelgen, den Fruchtansatz der Obstbäume zu betrachten, sich der Bildung der Roggenähren zu freuen, dem Vogelsang zu lauschen, kurz den Mai zu genießen. Für die Gesetzgeber selbst, im Bundesrath wie Reichstag, ist der Wonnemonat der Monat der anstrengendsten Arbeit geworden. Für sie giebt's keinen Achtstundenarbeitstag, selbst nicht ein stufenweise zu erreichender. Doch liegen die Zeichen dafür günstig, daß etwas Brauchbares und Tüchtiges zu Stande kommt. Wenn man in der ersten Zeit nach den Wahlen und noch bis vor Kurzem die Meinung hörte, „dieser“ Reichstag könne Nichts schaffen, er sei zu Nichts als zur öden Oppositionsmacherei zu gebrauchen und werde infolgedessen kein langes Leben haben, so setzt sich jetzt gerade die entgegengesetzte Anschauung fest. Mit „diesem“ Reichstag wird recht gut auszukommen sein. Der jetzige Kanzler wird keine Neigung verspüren, zu versuchen, was seinem Amtsvorgänger mißlang: die Bedeutung der Volksvertretung herabzudrücken. Herr v. Caprivi empfindet das Bedürfniß, sich friedlich mit ihr auseinanderzusetzen. Daraus erwächst für die bisherige Opposition die naturgemäße Verpflichtung zu einer ebenfalls veränderten Haltung. Sie wird die Vorlagen der Reichsregierung auf ihren sachlichen Inhalt hin prüfen und sie nicht mehr aus persönlicher Gehässigkeit bekämpfen. Das unfruchtbare Gezänk, das sich bisher spreizend einen großen Raum in den Verhandlungen einnahm, wird wegfallen; warum soll man darauf ausgehen, sich gegenseitig Eins auszuwischen? Dem allgemeinen Wohle wird besser gedient, wenn die Arbeiten lediglich nach sachlichen Gesichtspunkten besorgt werden. Die allgemeine parlamentarische Lage ist sonach für Herrn v. Caprivi bei Weitem günstiger, als bisher zu vermuthen war. Die Ansicht geht dahin, daß die Reichsregierung bei einiger Geschmeidigkeit voraussichtlich alles Wesentliche, auch betreffs der militärischen und kolonialen Vorlagen, durchsetzen und sich auf dem Gebiete der Sozialpolitik weitgehender sozialdemokratischer Forderungen leicht erwehren kann.

Der Arbeiterschutz-Entwurf der Regierung ist von einem so aufrichtigen, arbeiterfreundlichen Geiste durchweht, daß die ewigen Klagen über Mißtrauen gegen die Arbeiter und daß der Entwurf das Werk von Bureaukraten sei, wohl verstummen werden. Man war darauf gefaßt, daß die Sozialdemokratie die Bestimmungen dieses Entwurfs überbieten würde. Das ist denn auch vermittelst des Gegenentwurfs geschehen. Viele seiner Vorschläge sind eigens dazu bestimmt, durch Erhebung unerfüllbarer Forderungen den Arbeiterschutz des Bundesraths in den Schatten zu stellen. Jemehr die Regierung gewährt, destomehr wird verlangt von den Herren, die sich als die Spezialvertreter der Arbeiterinteressen aufspielen. Das gehört zum Geschäft. Der Reichstag wird sich jedoch hoffentlich dadurch nicht abhalten lassen, auch die sozialdemokratischen Gegenvorschläge genau zu prüfen und das, was in ihnen brauchbar und lebensfähig ist, anzunehmen, gleichviel von wem der Vorschlag ausgeht. Aeußerlich betrachtet, hat der sozialdemokratische Entwurf vor dem des Bundesraths den Vorzug, daß er mit der Hälfte des Gesetzestextes auskommt, aber dabei mehr regelt als letzterer. Auch Das sei ihm anerkannt, daß er sich leidlich auf den Boden der gegebenen Thatsachen stellt. Das sozialdemokratische Programm der Zukunft wird man in ihm vergebens suchen. Der betr. Entwurf enthält sich des Versuchs, alle die Redensarten von der neuen, gründlichen Umgestaltung der Erwerbsverhältnisse und der Aufrichtung einer neuen Gesellschaftsordnung in Vorschläge zu kleiden. Nichts von der anderweiten Regelung der Produktion und Güterverthellung, von der kooperativen Ausnutzung von Grund und Boden, von der Assoziirung der Landwirthe, Kleingewerbtreibenden und Arbeiter u. dergl. mehr. Die Antragsteller wissen mit diesen Forderungen ihres Zukunftsstaats für die Gesetzgebung Nichts anzufangen und hüten sich, damit herauszurücken. Sogar der frühere Vorschlag, einen Minimallohn gesetzlich zu bestimmen, wird jetzt nicht wiederholt. Soweit diese „Mäßigung“ Lob verdient, wird es Niemand versagen; man wird aber darüber nicht vergessen, daß die parlamentarische Sozialdemokratie eben nicht anders vorgehen kann. Immerhin liegt in dem sozialdemokratischen Vorschlage das Anerkenntniß der Sozialdemokratie, daß auch im Rahmen der bestehenden Rechts- und Gesellschaftsordnung ganz erheblich die Lage der handarbeitenden Klassen zu bessern möglich ist.

Der sozialdemokratische Gegenentwurf enthält jedoch neben diesen sog. „gemäßigten“ Vorschlägen auch eine Anzahl Forderungen, die geradezu als Herausforderungen klingen. So z. B. soll das Arbeitsbuch auch für jugendliche Arbeiter abgeschafft und damit ein letztes Mittel, die minderjährigen Arbeiter etwas zu zügeln, aufgegeben werden, während der Bundesrath auf Grund der gemachten Erfahrungen mit vollem Fug und Recht ein strafferes Anziehen vorschlägt. Hierin werden namentlich die älteren Arbeiter, die Familienväter, ganz dem Bundesrathe beipflichten; leiden sie doch gerade am meisten unter dem Uebermuthe der unerfahrenen Arbeiterjugend, die nur immermehr Rechte beansprucht und alle Pflichten in den Wind schlagen möchte, und die das Alter nicht ehrt und vor grauen Haaren kaum Respekt hat. In dem Niederreißen aller Schranken thut sich der sozialdemokratische Gegenvorschlag überhaupt ein Gütliches. Das stärkste Stück in dieser Richtung ist der Antrag, daß der so oft jetzt geübte Zwang, einem nicht-gewollten Streik beizutreten, künftig straflos sein, die Arbeitgeber aber für ihre Abwehrmaßregeln mit Gefängniß bestraft werden sollen. Also alle Coalitionsfreiheit für die Arbeiter und Straffreiheit selbst für die gehässigste Verfehmung und die Ehrloserklärung arbeitswilliger Arbeiter, die nicht gegen ihren Willen bei einem Streik mitthun wollen, hingegen Coalitionsverbote und Freiheitsstrafen für die Arbeitgeber. Nimmt man noch den weiteren Antrag hinzu, auch das Vereinsgesetz nicht mehr auf die Streikvereinigungen anwenden zu lassen, sondern ihnen sogar noch die juristischen Persönlichkeitsrechte zu verleihen, so hat man hierin ein Gegenstück zu der oben anerkannten Mäßigung. Dieser Theil läuft offenbar auf die Vergewaltigung der Arbeitgeber und die unumschränkte Herrschaft der Arbeiter hinaus — von einer Gleichberechtigung beider Theile ist keine Spur vorhanden. So zeigt der Gegenantrag ein Doppelgesicht. Hier Rechnungtragen gegen die gegebenen Verhältnisse und Maßhalten, dort Vorbereitung einer unerträglichen Klassenherrschaft, deren letzte Ziele noch vorsichtig verhüllt werden. Der Gegenentwurf enthält außerdem noch einen sehr complicirten Aufbau einer Organisation von Schiedsgerichten, Arbeiterkammern, Arbeitsämtern und eines Reichsarbeitsamts. Dieser Organisationsversuch ist total mißlungen und wäre praktisch unausführbar. Es wird sich dies schon aus den Verhandlungen des Reichstags darüber (Ende dieser Woche) ergeben.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 12. Mai.

Chemnitz. Dem bekannten Beschlusse des Fabrikvereins Reichenbach, Mylau, Netzschkau gegenüber, wurde in einer in Netzschkau abgehaltenen Arbeiterversammlung beschlossen, bei den gestellten Forderungen (zehnstündige Arbeitszeit und 25 Proz. Lohnerhöhung) stehen zu bleiben. In Meerane haben viele Arbeiter aller Färbereien die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem verschiedene Firmen eine Lohnerhöhung gewährt haben. — Zwischen Wolkenstein und dem Wiesenthal wurde durch ein Schloßenwetter der Eisenbahnverkehr zeitweise gestört. Dort, wie in der Gegend von Scheibenberg und Schlettau, boten die Fluren den Anblick einer vollen Winterlandschaft. Die Strecke Dresden-Chemnitz war bei Oederan durch Schlamm und Gerölle, welches von dem Dammbruch eines Teiches herrührte, eine Zeit lang vollständig gesperrt.

Berlin. Der Reichstag nahm die Novelle zur Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige in 3. Berathung debattelos an und trat dann in die 1. Lesung des Nachtragsetats ein. Staatssekretär v. Marschall begründete den kolonialpolitischen Theil derselben, der das Ergebniß eingehendster Prüfung sei, die unter Mitwirkung des Major Liebert stattgefunden habe. Was die ostafrikanische Aktion bisher erreicht habe, gehe aus den vertheilten Berichten hervor. Der Norden sei vollständig pacificirt und der Sklavenhandel nicht nur an der Küste, sondern auch im Innern vollständig unterdrückt. Der Handel blühe auf. Die deutsche Kolonialpolitik in Ostafrika sei bisher stets Hand in Hand mit der englischen Regierung gegangen. Das werde auch ferner geschehen, da sich die englische Regierung überall entgegenkommend gezeigt habe. Wir wollen das, was wir in Ostafrika errungen, festhalten und ausnützen im Interesse christlicher Gesittung und Civilisation. Bamberger (frl.): Seine Freunde seien keine grundsätzlichen Gegner jeder Kolonialpolitik, wohl aber Gegner der Kolonialpolitik in Ostafrika. Wir konnten Kolonieen gründen, um unsere Auswanderer dorthin zu lenken. Dafür eigne sich aber Ostafrika nicht. Das deutsche Volk habe von der ostafrikanischen Kolonisation nichts zu erwarten, denn jene Gegenden eigneten sich höchstens zum Plantagenbau, den man mit deutschen Arbeitern nicht betreiben könne. Dazu bringe uns die Kolonialpolitik leicht in auswärtige Verwickelungen, wie wir das bei Samoa und bei den Karolineninseln gesehen haben. Welches Interesse könnten wir daran haben, ausgedehnte Terrains fern von der Küste zu besitzen? Man solle sich nicht täuschen. Wir stünden vor einem Feldzuge in Ostafrika, dessen Ende noch nicht abzusehen sei. Das Reich sei dabei auf Glück oder Unglück angewiesen, wie ein Spieler. Die deutschostafrikanische Gesellschaft sei für Deutschland verhängnißvoll geworden. Das Centrum trage zunächst die Verantwortung dafür, daß wir in diese Politik hineingerathen. Von der Beseitigung der Sklaverei als Institution seien wir noch weit entfernt. Die Kolonialpolitik sei ein kostspieliges Projekt einer Augenblicksschwärmerei. Die für die Kolonialpolitik geforderten Summen stiegen in's Riesenhafte. Jetzt fordere man wieder Millionen, um ein Heer von Zulus nebst Weibern und Kindern zu ernähren. Emin Pascha sei zunächst Reisender, dessen Anschauungen für die Kolonialpolitik nicht immer vortheilhaft zu sein brauchten. Die Ehre Deutschlands sei nicht mehr geschädigt. Es sei gebrannt und gesengt genug worden. Man könne sich jetzt allmählich auf die ostafrikanische Position zurückziehen. — Reichskanzler v. Caprivi erklärt zunächst, daß er genau auf demselben Standpunkt wie sein Vorgänger stehe, namentlich auf dem, daß das Reich Kolonialpolitik nur so weit treiben solle, als diese von dem Empfinden der Nation getragen werde. Er habe früher Bedenken gegen die Kolonialpolitik gehabt, sei aber zu der Ueberzeugung gekommen, daß wir heute ohne Einbuße an Ehre und Geld nicht zurück könnten, daß uns also nichts weiter zu thun übrig bleibe, als vorwärts zu schreiten. Er hoffe, der Vorredner und dessen Partei werde dabei nicht die Rolle eines Hanibal Fischer übernehmen wollen. Bei der Lage der Dinge in den Kolonieen sei es ganz unmöglich, auf 12 Monate hinaus sichere Voranschläge für die Kosten zu machen. Er sei kein Kolonialschwärmer, aber er sei entschlossen, soweit in der Kolonialpolitik zu gehen, wie es die Ehre und die Interessen Deutschlands erforderten. Es möchten ja vielfach übertriebene Hoffnungen auf die Kolonialpolitik gesetzt worden sein. Viele mögen geglaubt haben, in den Kolonieen Klumpen Goldes und fertige Cigarren zu finden. Die Gründe, weshalb sich das deutsche Kapital den deutschen Kolonialunternehmungen nicht zuwende, kenne Herr Bamberger besser als er. Unsere Kapitalisten legten nun einmal ihr Geld lieber in unsicheren auswärtigen Papieren an, als in unseren Kolonialunternehmungen. Trotzdem sei zu hoffen, daß wir mit der Kolonialpolitik ohne materiellen Schaden vorwärts kommen, wie wir das schon in Kamerun sehen. Die Pflicht der Niederwerfung der Sklaverei sei Deutschland durch die Kongo-Akte aufgelegt worden. In die Kolonialpolitik seien wir durch den nationalen Enthusiasmus getrieben worden. Es gebe solche Brennpunkte der nationalen Empfindung, welche man beachten müsse. Ohne solche Empfindungen in der Nation wären wir nicht hier. In klingende Münze sei dieser Enthusiasmus freilich schwer umzusetzen. Noch fehle es uns in der Kolonialpolitik sehr an sachkundigen Männern. Es könne wohl für unser Vaterland eine Zeit kommen, wo wir jeden Mann, der heute nach Afrika gehe, lieber in der Front und jede Mark lieber in unserer Kasse haben. Aber für die Entscheidungen im Kriege seien die Kolonieen von nur geringem Einfluß. Wir müßten auch darauf Bedacht nehmen, daß wir mit transozeanischen Völkern in Verbindung zu treten haben, die über ganz andere Schätze an Menschen und Geld verfügen, als wir. Auch für die Kohlenstationen unserer Marine sei die Kolonialpolitik von Wichtigkeit. Dieselbe werde deshalb so geführt werden müssen, daß der berechtigte Aufschwung des deutschen Nationalgefühls nicht verletzt werde (Beifall). — Graf v. Stolberg (kons.): Die Erfolge der Kolonialpolitik seien bei der kurzen Zeit schon ganz bedeutend. v. Vollmar (Sozdem.) ist gegen die Vorlage. Wir hätten bei uns genug zu kultiviren und brauchten unser Geld nicht nach Ostafrika zu tragen. Für Arbeitersachen habe man nie Geld. Mit dem Appell an die nationale Ehre gerathe man nur in den Sumpf — jedenfalls sollte man versuchen, die aufgewendeten Kosten von der ostafrikanischen Gesellschaft zurück zu bekommen. — v. Kardorff: Das werde sich noch erörtern lassen, ebenso die Frage der Ersatzpflicht des Sultans von Sansibar. Möge nur die oppositionelle Presse mit ihrer unwahren Berichterstattung über Ostafrika aufhören, dann werde sich auch der deutsche Kapitalismus den Kolonial-Unternehmungen zuwenden. Windthorst: Die Heranziehung der ostafrikanischen Gesellschaft zum Ersatz der in ihrem Interesse aufgewendeten Kosten erscheine ihm unanfechtbar. In Bezug auf die vorliegenden Forderungen müsse man sich auf die Regierungen verlassen. Wenn wir nicht schon in Ostafrika wären, so würde er sagen, gehen wir nicht hinein. Jetzt, wo wir drin seien, müsse vor allen Dingen für Missionare gesorgt werden. Wolle man aber solche, da müsse auch die Möglichkeit gegeben werden, die Missionare auszubilden. Weiterberathung morgen. Außerdem steht die Militär-Vorlage auf der Tagesordnung.

Berlin. Der Kaiser traf gestern Abend, einer Jagdeinladung des Grafen Hochberg folgend, in Wirschkowitz ein. Das Ergebniß der heute früh stattgefundenen Jagd in Tschotschwitzer Revier entsprach den Erwartungen nicht, da Nachts Wilddiebe das Revier geplündert hatten. Nachmittags begab sich der Kaiser zur Jagd nach dem Nesselwitzer Revier. — Die Kaiserin reist morgen Abend nach Königsberg ab. Auf der Reise dorthin trifft sie am Mittwoch früh mit dem Kaiser in Dirschau zusammen, mit dem sie dann gemeinsam die Reise fortsetzt. — Generalfeldmarschall Prinz Georg von Sachsen, Generalinspecteur der 1. Armeeinspektion (5., 6. u. 12. Armeekorps), trifft am 27. Mai zu 3tägigem Aufenthalt zwecks Truppenbesichtigung in Posen ein. — Prinz Ruprecht von Bayern wohnte der heutigen Sitzung des Reichstages bei.

Berlin. Die „Kreuzztg.“ bringt einen Brief aus Sansibar über Emin Pascha und die deutsche Seeen-Expedition. Darnach veranschlage Emin Pascha die Dauer der Expedition selbst auf etwa 2 Jahre. Die Expedition hat u. A. die Aufgabe, mit den großen arabischen Handelsmittelpunkten im Innern in Verkehr zu treten, die arabischen Großhändler für die deutschen Interessen zu gewinnen. Emin ist nach seinem Sturz sofort und ausschließlich durch deutsche Aerzte, besonders durch Dr. Brömer im deutschen Hospital zu Bagamoyo behandelt worden. Die Nachricht von der unausbleiblichen Erblindung Emin Paschas ist durchaus grundlos. Weiter heißt es in dem Briefe, daß Emin Pascha laut seiner eigenen Erklärung noch kurz vor seiner Abreise englische Anträge erhielt, welche darauf abzielten, ihn den deutschen Interessen abwendig zu machen. Sir Anderson, der Spezialgesandte Englands für die Verhandlungen wegen Abgrenzung der Interessensphäre im ostafrikanischen Seeengebiete ist nach London zurückgereist, um weitere Instruktionen einzuholen. — Es haben Verhandlungen stattgefunden, die darauf abzielen, die Schließung des preußischen Landtages noch vor Pfingsten zu ermöglichen, um dem Reichstage für seine Berathungen freie Bahn zu verschaffen. Für den Schluß des Landtages ist der 22. d. M. in Aussicht genommen. — Das hiesige Schöffengericht verurtheilte heute den Schutzmann Krahle wegen Mißhandlung eines Verhafteten zu 10 Monaten Gefängniß.

Köln. Der „Köln. Ztg.“ zufolge herrscht in maßgebenden Kreisen die Ansicht, daß die Verwirklichung des Kaiserlichen Befehls, aus den Staatsbergwerken Musteranstalten zu machen, eifrigst angestrebt wird. Außer den Steigern werden noch alle Werkbeamten, selbst die niedrigsten, aus dem bisherigen Lohnverhältniß heraustreten und zu Staatsbeamten ernannt. Die Ausführung dieses Planes erfolgt bei Feststellung des nächstjährigen Etats.

Wien. Das liberale Herrenhausmitglied Fürst und Altgraf Salm-Reifferscheidt ist heute früh im Alter von 58 Jahren gestorben. Derselbe war in Mähren ein besonders eifriger Förderer des deutschen Schulvereins.

Chur. Das im Albulathale gelegene, 200 Einwohner zählende Dorf Tiefenkasten, ist gestern Abend fast vollständig abgebrannt, nur die beiden Hotels und einzelne abgesonderte Häuser stehen noch. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Die **Berliner Börse** verlief in reservirter und schwacher Haltung. Bergwerke setzten ausnahmslos niedriger ein. Der Rückgang der Course auf diesem Gebiete verstimmte auch im Uebrigen und veranlaßte allenthalben Blanco-Abgaben. Banken durchweg niedriger, auch Eisenbahnen meist schwächer. Im Kassaverkehr waren Banken schwächer, Dresdner Bank 1,10 Proz. niedriger. Eisenbahnen ruhig, österr. gut behauptet, Bergwerke und andere Industriepapiere matt, österr. Prioritäten fest. Privatdiskont 2⅜ Proz. Nachbörse schwach. — Wetter: Vorwiegend hell, sehr warm, O.-S.-O.-Wind.

Frankfurt a. M. (Abends.) Credit 257,10. Staatsb. 190,60. Lomb. 110,10. Galizier —,—. Egypter 97,70. 4proc. Ung. Goldr. 88,90. Diskonto 216,80. Dresdn. Bk. 147,30. Laura 138,30. Gelsenkirchen —,—. Still.

Paris. (Schluß.) Rente 88,80. Anleihe 105,90. Italiener 93,25. Staatsbahn 478,75. Lombarden 257,50. do. Prioritäten —. Spanier 75. Egypter 480,31. Ottomanen 578,75. [illegible] 607,50. Ruhig.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per Mai 23,30, per Septbr.-Decbr. 23,90, still. Spiritus per Mai 36,00, per September-December 38,00, ruhig. Rüböl per Mai 69,50, per September-December 69,00, ruhig.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per Mai 207, per Novbr. 204. Roggen per Mai 135, per October 124.

London (Produkten-Bericht). Englischer Weizen halben bis eins theurer, jedoch ruhiger, fremder fest, weniger animirt. Mehl stramm steigend. Stadtmehl 26½—36½, fremdes 20—36. Hafer ca. ½ theurer. Mais anziehend. Gerste stetig. Bohnen, Erbsen unverändert. — Wetter: Bewölkt.

Oertliches und Sächsisches.

— Am Sonnabend beehrten Ihre Königl. Hoheiten, die Prinzen Johann Georg und Max in Leipzig die Arionenkneipe mit ihrem Besuche. Die Prinzen fühlten sich augenscheinlich unter der jugendfrohen Sängerschaar wohl, die diese ihre festliche Kneipe mit köstlichen Blüthen des deutschen Männersanges und Humors würzte. Die Königl. Hoheiten richteten wiederholt herzliche und begeisterte Worte an die festlich Versammelten; und inmitten der Heimathstätte studentischen Frohsinns entsprang dem Geiste Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Johann Georg ein frisch fröhliches Gedicht, das unter donnerndem Beifall von ihm selbst vorgelesen wurde, studentischen Frohsinn und die Alma Mater Lipsiensis verherrlichend. Auf besonderen Wunsch bethätigte sich der „Arion“ ganz besonders im Quartettgesang, für den sie ihr größtes Interesse bei

Dresdner Molkerei (Gebr. Pfund, Bautznerstr. 41/42). Butter täglich 3 Mal frisch.